



Sportausschuss

4. Sitzung (öffentlich)

12. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:00 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Holger Müller (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 3

Der Ausschuss beschließt auf Bitte der CDU-Fraktion,
Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen.

1 Stiftung Sicherheit im Sport 4

Bericht der Stiftung Sicherheit im Sport (*siehe Anlage 1*)

Claus Weingärtner (Stiftung Sicherheit im Sport) und David
Schulz (Stiftung Sicherheit im Sport) stellen die Arbeit der
Stiftung Sicherheit im Sport vor.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 17/800

Hier: Einzelplan 02

Kapitel 02 010 Ministerpräsident

Kapitel 02 080 Förderung des Sports

Vorlage 17/254 (Erläuterungsband)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der als Tischvorlage vorliegende Änderungsantrag der SPD (*siehe Anlage 2*) wird vom Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Kapiteln des Einzelplans 02 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD zu.

3 Entfesselungskampagne im Sport: Verbände und Vereine durch schlankes Förderverfahren entlasten

17

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/808

Entsprechend der Vereinbarung vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Beratung vertagt.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Hier: Einzelplan 02
Kapitel 02 010 Ministerpräsident
Kapitel 02 080 Förderung des Sports

Vorlage 17/254 (Erläuterungsband)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Andreas Terhaag (FDP) spricht der Landesregierung ein großes Lob dafür aus, dass sie so wenige Monate nach Übernahme der Regierungsverantwortung bereits zahlreiche Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag für den Sport ab 2018 umgesetzt habe und diese auch im Haushalt schon verankert seien.

Ein Beispiel sei die Aufhebung der Doppelzuständigkeit bei der Trainerfinanzierung im Leistungssport, die nun ganz beim LSB liegen werde. Es werde keine unterschiedlichen Bezahlungszeiträume für die Trainer mehr geben, und es werde nur noch einen Vertragspartner für die Trainer geben, nämlich den LSB. Weiterhin werde der Haushaltstitel um zusätzlich 1 Million € erhöht, was auch dazu führen werde, dass der LSB mehr Trainer verpflichten könne. Den Trainern würden damit auch finanzielle Sorgen genommen.

Die Sportstiftung NRW könne mit einem deutlich erhöhten Etat rechnen, nämlich 2,5 Millionen €, und sich damit zu 100 % auf die Athletenförderung konzentrieren. Das verschaffe NRW große Vorteile gegenüber anderen Ländern.

Der Ende 2017 auslaufende Pakt für den Sport werde fortgeschrieben. Er erinnere an die Diskussion im Plenum. Damit sei die NRW-Koalition ein verlässlicher Partner des Sports und unterstreiche den hohen Stellenwert, den sie dem Sport beimesse.

Außerdem plane man die Unterstützung des Breitensports. Hierzu kündige er Änderungsanträge in Höhe von knapp 4 Millionen € an, die im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt würden.

Erstens wolle man die gute Kooperation von Sportvereinen im Bereich Schule und Ganzttag fortsetzen.

Zweitens wolle man nach dem Auslaufen des Modellprojektes KommSport den Start in die Fläche vornehmen. Dabei werde man in mehreren Schritten vorgehen. Zunächst solle die motorische Testung an Grundschulen im Umkreis der jetzt bestehenden 18 Sportschulen starten.

Drittens wolle man die sehr gut laufende Integrationsarbeit im Breitensport weiterhin unterstützen. Denn gerade hier zeige sich sehr schön, dass Sport gesellschaftliche Verbindungen herstellen könne.

Die FDP-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Rainer Bischoff (SPD) kritisiert das Vorgehen, dass die FDP ihre Änderungsanträge nicht im Sportausschuss stelle und damit hier eine fachspezifische Beratung ermögliche, sondern die Anträge im HFA einbringen werde. Damit, dass man das nur mit den Finanzpolitikern diskutieren wolle, amputiere man die Sportpolitiker.

Er erinnere an die Diskussion hier im Ausschuss zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Frau Milz habe ja die Hoffnung geäußert, dass der Sport gewinnen könne durch die Beliebigkeit der Sportpauschale. Dazu verweise er auf einen Artikel in der „Rheinischen Post“ – das sei nicht gerade eine SPD-nahe Zeitung – mit der Überschrift „Schulen brauchen Milliarden“. Dort heiße es:

„Der Sanierungsstau in Schulgebäuden nimmt dramatische Ausmaße an, weil Kommunen jahrelang zu wenig investiert haben. ... Dringend notwendig sind nach Angaben vieler Kämmerer vor allem Investitionen in den Brandschutz ...“

Die Opposition sei mit ihren Sorgen also nicht alleine. Die SPD sei sich sicher, dass der Sport in großer Gefahr sei bei dieser Vorgehensweise.

Herr Terhaag habe Ausführungen zum Spitzensport gemacht. Die SPD habe gar nichts dagegen, dass die Haushaltsansätze im Spitzensport erhöht würden. Allerdings mache die Landesregierung das im Breitensport nicht. Das halte er für ein bisschen verwirrend, weil Frau Milz doch auch Staatssekretärin für das Ehrenamt sei. Die SPD habe erwartet, dass die Staatssekretärin für das Ehrenamt auch mehr Engagement für das Ehrenamt zeige.

Dieses Engagement zeige die SPD mit ihrem vorliegenden Änderungsantrag (*siehe Anlage 2*). Die SPD schlage – wie in den Vorjahren als regierungstragende Fraktion auch – vor, den Ansatz für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter um 900.000 € zu erhöhen.

In den letzten beiden Jahren habe die SPD dafür die Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP im Sportausschuss bekommen. Sollten CDU und FDP heute diesem Änderungsantrag nicht zustimmen, müssten sie ihre Ablehnung bitte begründen. Denn bisher hätten diese Idee alle Fraktionen mitgetragen. Herr Müller habe die Kürzungen in den Jahren davor scharf kritisiert und diese Erhöhungen dann ausgesprochen begrüßt. Deswegen sei die SPD zuversichtlich, dass CDU und FDP der Erhöhung in diesem Jahr auch zustimmten.

Die SPD wolle den Spitzensport fördern, aber wolle auch den Breitensport adäquat fördern. In den Vorschlägen der Landesregierung sei die Förderung nicht ausgewogen. Mit diesem Änderungsantrag der SPD werde ein Ausgleich vorgeschlagen.

Vorsitzender Holger Müller macht die Anmerkung, es treffe zu, dass er letztes Jahr bei den Haushaltsberatungen die Erhöhung der Übungsleiterpauschale durchaus als gut empfunden habe. Es treffe aber auch zu, dass in den Jahren davor die von der

CDU beantragte Erhöhung immer abgelehnt worden sei. Der guten Ordnung halber wolle er doch darauf aufmerksam machen.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) widerspricht der aus seiner Sicht unseriösen Pressemitteilung der SPD, in der es heiße, Schwarz-Gelb wolle bei den Sportvereinen sparen. Der Kollege Terhaag habe doch gerade ausgeführt, dass die Landesregierung knapp 4 Millionen € mehr zur Verfügung stellen werde. Insgesamt werde der Sport 15 Millionen € mehr bekommen.

Die CDU begrüße sehr, dass die Zuständigkeit für die Trainerfinanzierung jetzt beim LSB liege und bei der Sportstiftung die individuelle Athletenförderung weiter ausgebaut werde. Er begrüße die Mittelerhöhung bei der Trainerfinanzierung.

Er finde es sehr gut, dass der Ministerpräsident Sport zur Chefsache erklärt habe und dass er eine Staatssekretärin nur für Sport und Ehrenamt eingesetzt habe. Das sei einzigartig in Deutschland. Von den Verbänden werde das sehr positiv aufgenommen.

Er wolle kurz auf die vorgesehenen Änderungsanträge eingehen. Der systematische Ausbau der sportmotorischen Tests an den Grundschulen sei der CDU ganz wichtig. Wichtig sei ihr die Förderung der Gesundheit und der Abbau motorischer Schwächen. Hier würden knapp 200 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt. Man wolle in den Ganztag investieren. Das, was die alte Landesregierung angestoßen, aber nicht umgesetzt habe, die Kompensation der entfallenden Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan und die Gehaltsanpassung, werde jetzt stattfinden. Das halte er für einen guten Mix aus Breitensportförderung und Spitzensportförderung.

Josefine Paul (GRÜNE) findet es ein wenig despektierlich gegenüber der Staatssekretärin, zu sagen, glücklicherweise habe der Ministerpräsident Sport zur Chefsache erklärt. Ihres Erachtens sei der Sport bei der Staatssekretärin in guten Händen.

Sie sei gespannt auf die Änderungsanträge. Es wäre schön gewesen, in diesem Ausschuss über die Änderungsanträge diskutieren zu können, aber das könne natürlich auch im HFA diskutiert werden. Gemeinsam werde das ja auch im Plenum noch einmal diskutiert. Die Erläuterungen von Herrn Nettekoven habe sie nicht ganz verstanden. Vielleicht könne er ihr noch einmal erklären, was kompensiert werden müsse.

Sorgen bereite ihr, welche Auswirkungen die gegenseitige Deckungsfähigkeit haben werde. Denn der Sanierungsstau bei den Schulen sei immens. Das gelte im Übrigen auch für die Sportstätten. Sie gehe weiterhin davon aus, dass hier Schule und Sport in einen Kannibalisierungswettbewerb getrieben würden, und erinnere noch einmal an die Aussage der Staatssekretärin, dass der Sport dann lauter trommeln müsse. Bisher habe sie wirklich gedacht, dass die Zeiten vorbei seien, in denen derjenige, der am lautesten schreie, auch die Mittel bekomme. Sie habe angenommen, man sei auf einem guten Weg einer nachhaltigen Sportstättenentwicklungsplanung. Mit den jetzt angestrebten Maßnahmen mache man ihres Erachtens einen Schritt zurück.

Nach wie vor sei auch unklar, wann ein Sportstättenförderprogramm aufgelegt werde, um den dringenden Sanierungsstau in Höhe von schätzungsweise 3 Milliarden € anzugehen. Im Grunde genommen seien ja die Haushaltsberatungen die Gelegenheit,

um entsprechende Festlegungen zu treffen. Sie sei gespannt, ob der nächste Haushaltsplan den großen Wurf in Höhe von 3 Milliarden € vorsehen werde oder wie die Landesregierung den Sanierungsstau sonst abbauen wolle.

Fünf Millionen € mehr für die Trainerförderung finde auch ihre Fraktion gut. Sie habe aber die Verständnisfrage, in welcher Art und Weise genau denn jetzt die Sportstiftung aufgestellt sein solle, wenn die Mittel dort in gleicher Höhe verblieben, was auch richtig sei. Sie wolle gerne wissen, wie die neue Konzeption der Sportstiftung im Detail aussehe.

Andreas Keith (AfD) findet die gegenseitigen Schuldzuweisungen in dieser Diskussion etwas seltsam. Hier werde ja teilweise anderen Leuten vorgeworfen, was man selbst verursacht habe.

Die Unterlägen hätten relativ spät vorgelegen. Seine Fraktion sei ja noch neu im Parlament und hätte sich mehr Zeit gewünscht, um sich intensiv in die Thematik einzuarbeiten zu können.

Er stelle fest, dass die Landesregierung die Problematik erkannt habe. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichten allerdings immer noch nicht aus, um die großen Probleme zu beheben. Der Weg, den die Landesregierung gehe, sei aber nach Meinung seiner Fraktion der richtige.

Die Probleme im Schulsport würden nur leider nicht angegangen. Das betreffe auch die Sportstätten für den Schulsport. Die Kinder und Jugendlichen hätten ja immer weniger Bewegung und Bewegungsmöglichkeiten. Da müsse mehr getan werden. Vielleicht finde das ja in naher Zukunft noch statt.

Ohne das große ehrenamtliche Engagement der Eltern – auch finanziell – würden in NRW im Sport die Lichter ausgehen. Dieses Engagement müsse noch mehr Wertschätzung erfahren.

Er könne die Ausführungen von Herrn Terhaag und Herrn Nettekoven zum Sporthaushalt gar nicht bewerten, so **Rainer Bischoff (SPD)**, weil er sie zum Teil gar nicht verstanden habe.

Verstanden habe er, dass der Ganztag angesprochen worden sei. Der Ganztag gehöre allerdings nicht zum Sporthaushalt, sondern zum Jugend- oder zum Schulhaushalt.

Zum Integrationshaushalt seien auch Aussagen gemacht worden.

Zu KommSport – das betreffe den Sporthaushalt – bitte er Herrn Terhaag, eine Zahl zu nennen, was beantragt werde.

Staatssekretärin Andrea Milz (Staatskanzlei) erinnert daran, dass sie zu den maroden Sporthallen im Sportausschuss bereits ausgeführt habe, dass das Hallenprogramm selbstverständlich kommen müsse. Das stehe ja auch im Koalitionsvertrag. Es komme allerdings nicht im Jahr 2018. Das stehe fest. Denn sonst wäre es ja im Haushalt verankert. Mehr könne sie dazu heute natürlich auch nicht sagen.

Die Sportstätten seien aber auch nicht erst seit dem 1. Juli 2017 marode. Es handele sich ja um eine lange Entwicklung, auf die die Vorgängerregierungen auch zu jeder Zeit hätten eingehen können, wenn sie den Handlungsbedarf festgestellt hätten.

Spitzensport und Breitensport: Wenn man Trainer finanziere, finanziere man damit ja nicht nur den Leistungssport, sondern den jugendlichen Nachwuchs. Was sich aus diesen speziell trainierten jungen Menschen dann später entwickle, werde sich dann zeigen. Klar sei aber, dass nicht jeder von denen Medaillen gewinnen werde. Man trainiere also auch ein Stück in die Breite. Diese Menschen landeten ja dann auch wieder in den Vereinen, auch als Trainer und Übungsleiter. Nicht jeder, der eine Trainerförderung durch das Land erhalte, sei ja zwangsläufig Goldmedaillengewinner. Ihres Erachtens widerspreche sich das also nicht. Im Breitensport hätten ja auch keine Kürzungen stattgefunden.

Die Sportstiftung werde das Geld komplett behalten, um individuell Athleten fördern zu können. Ein Thema sei dabei die Unterstützung der dualen Karriere, und der Schwerpunkt paralympischer Sport werde verstärkt. Die individuelle Ausgestaltung, wie das Ganze abgewickelt werde, könne angegangen werden, wenn der Haushalt auch wirklich so genehmigt werde. Bei der Kuratoriumssitzung der Sportstiftung im April 2018 werde man die Aufstellung der Sportstiftung ja sehen.

Nach dem, was sie von den Fraktionen höre, gehe sie davon aus, dass die zu erwartenden Änderungsvorschläge sehr stark in Richtung Breitensport gingen.

Was die gegenseitige Deckungsfähigkeit angehe, sei sie selbst neugierig, wie dieser Versuch ausgehe. Sie glaube aber an ein gutes Ergebnis vor dem Hintergrund der Informationen über nicht abgerufene Mittel. Sie sehe Chancen für den Sport, wenn im Schulbereich Dinge aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden könnten. Ohne diese gegenseitige Deckungsfähigkeit erhalte der Sport ja automatisch die im GFG vorgesehene Summe. Sie habe einfach die Hoffnung, dass es sich um eine gute Entscheidung handele und man das in drei Jahren auch belegen könne. Dieser Versuch laufe ja über drei Jahre. Die Evaluierung starte aber schon im ersten Jahr. Sie habe die Kollegen aus den anderen Ressorts bisher so verstanden, dass das Ganze vom ersten Tag an begleitet werde, sodass man gegebenenfalls auch sehr frühzeitig Warnsignale erhalte.

Der Sanierungsstau betrage nach dem, was sie höre, 2 Milliarden €. Frau Paul spreche von 3 Milliarden €. Die Landesregierung werde sich dieses Sanierungsstaus auf jeden Fall annehmen.

Das Thema „Schulsport“ und die Organisation des Schulunterrichts müssten im Schulausschuss diskutiert werden. Auf Fragen dazu könne sie keine Antworten geben.

Das Thema „Ehrenamt“ falle leider nicht in die Zuständigkeit des Sportausschusses, sondern sei im Hauptausschuss verankert. Im Hauptausschuss habe man schon vortragen, dass man eine Ehrenamtsstrategie des Landes entwickeln werde, und in groben Zügen dargelegt, wie in Zukunft die Ehrenamtsförderung aussehen werde. Dabei knüpfe man natürlich auch weitgehend an die Arbeit der Vorgängerregierung an. Sie verweise dazu auch auf die kleine Regierungserklärung, die im Hauptausschuss abgegeben worden sei.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) geht auf den Wortbeitrag von Herrn Bischoff ein. Das Projekt Sport und Ganzttag sei fünf Jahre lang im Kinder- und Jugendförderplan des Landes verankert gewesen und sei dann ausgelaufen. Jetzt gehe es darum, wer das weiter fortsetze. Sport und Ganzttag stehe dem Sport seines Erachtens gut zu Gesicht. Deswegen werde man hier auch Mittel beantragen, damit dieses Projekt fortgeführt werden könne.

(Rainer Bischoff [SPD]: Aber nicht hier im Ausschuss, oder? – Ralf Jäger [SPD]: Im Sportetat?)

– Im Sportetat. Das sei ja eine Koförderung gewesen. Die laufe aus. Deswegen werde man hier Gelder beantragen. Das sei eine gute Sache, die man auf jeden Fall fortführen wolle.

Man werde mehr Geld für die Unterstützung von Sportvereinen in der Flüchtlingsarbeit vorsehen.

Man werde statt der beantragten 900.000 € erfreulicherweise sogar 2,3 Millionen € für den Breitensport vorsehen. Der systematische Ausbau der sportmotorischen Tests an den Grundschulen sei der CDU wichtig. Deswegen werde man dafür einen großen Teil des Geldes investieren. Dem könne die SPD doch sicher ruhigen Gewissens zustimmen.

Josefine Paul (GRÜNE) entgegnet, Herr Nettekoven lasse sie nach wie vor relativ ratlos zurück. Den Breitensport fördere man doch nicht über sportmotorische Tests an Grundschulen. Das passe so nicht zusammen. Das sei auch nicht vergleichbar mit der Erhöhung der Übungsleiterpauschale.

Noch interessanter finde sie die Ausführungen der Staatssekretärin. Sie finde es ganz bemerkenswert, wie man so schnell Geld einsparen könne. Frau Milz selber habe im Interview mit den „Westfälischen Nachrichten“ gesagt: Es gebe Studien, die von 8 Milliarden € Sanierungsstau ausgingen. Es gebe Studien, die von 3 Milliarden € ausgingen. Man habe sich auf 3 Milliarden € verständigt. – Also habe Frau Milz da schon einmal 5 Milliarden € eingespart. Das sei ja schon mal ganz gut aus Sicht der Landesregierung. Jetzt habe Frau Milz gerade noch 1 Milliarde € eingespart, weil sie gesagt habe, sie gehe jetzt nur noch von 2 Milliarden € aus. Das heiße, vielleicht könne man damit rechnen, dass sich die Zahl einfach jedes Jahr verringere und man am Ende der Legislatur zwar keinen Cent mehr habe, aber dafür sei der Sanierungsstau verschwunden.

Zur Ehrlichkeit gehöre doch auch dazu, dass man das Gesamtvolumen des GFG ja gar nicht erhöht habe. Man habe zwar mehr in die Sportpauschale gegeben, aber das ziehe man den Kommunen an anderer Stelle ja wieder aus der Tasche. Das sei schon ein wenig aus der Abteilung Taschenspielertrick.

Sie wolle gerne wissen, ob sie das jetzt richtig verstanden habe, dass auch der paralympische Sport nun über die Sportstiftung gefördert werden solle. Das habe Frau Milz nur in einem Nebensatz gesagt, aber das wäre doch eine große systematische Veränderung, die mehr Erläuterungen bedürfte und gegebenenfalls auch die Frage nach

sich ziehen würde, ob denn dann auch noch mehr Geld in die Sportstiftung gegeben werden solle.

Denn mit den Mitteln, die dann vorhanden seien – wenn sie das einfach einmal weiterdenke –, müssten ja Trainerinnen und Trainer für den paralympischen Sport finanziert werden und die Individualförderung. Dann seien die 3,2 Millionen €, die die Sportstiftung dann noch im Haushalt habe, aber doch ein bisschen auf Kante genäht. Das wäre dann doch wieder ein gewisses Maß an Taschenspielertrick. Auf der einen Seite sage man, man fördere mehr individuell Athletinnen und Athleten, weil man die Förderung der Trainerinnen und Trainer an den LSB gegeben habe. Auf der anderen Seite komme aber noch eine neue Aufgabe dazu, und am Ende stehe dann doch nicht mehr Geld zur Verfügung. Sie wünsche sich, dass das noch ein bisschen konkreter erläutert werde.

Markus Herbert Weske (SPD) greift die Behauptung der Staatssekretärin auf, dass Gelder nicht abgerufen würden, die man dann für den Sport nutzen könnte. Frau Scharrenbach habe ihm auf seine Kleine Anfrage geantwortet, es gebe keine nicht abgerufenen Gelder in den vergangenen fünf Jahren im Bereich der Bildungspauschale.

Er habe auch konkret nach Bielefeld-Brackwede gefragt. Frau Milz habe ja sinngemäß gesagt, der Bau des Sportplatzes dort habe so lange gedauert, und wenn man die Mittel aus der Bildungspauschale hätte nutzen können, dann wäre der Sportplatz vielleicht eher gebaut worden. Auch Bielefeld habe aber keine Mittel der Bildungspauschale zurückgegeben bzw. nicht abgerufen. Bielefeld habe das Geld für die Schulen ausgegeben.

Wenn Frau Milz Beispiele kenne, dass irgendwo Geld übrig geblieben sei, das von einer Kommune nicht für Schulen genutzt worden sei, bitte er sie doch darum, endlich zu sagen, wo das der Fall sei. Seitens der Landesregierung gebe es offiziell keine Antwort dazu, aus der hervorgehe, dass das irgendwo der Fall sein könnte.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) spricht noch einmal das Thema „Ehrenamt“ an. Als Sprecherin im Hauptausschuss habe es sie sehr überrascht, was Frau Milz gerade dazu gesagt habe. Denn bis zum heutigen Tag warte der Hauptausschuss darauf, dass Frau Milz im Hauptausschuss auftauche und dort über das Ehrenamt berichte.

Sie habe heute hier im Sportausschuss mehr darüber erfahren als aus der kleinen Regierungserklärung, die der Hauptausschuss auch erst auf Nachfrage bekommen habe. Insofern sei es für sie sehr informativ gewesen, heute als Vertreterin an der Sitzung des Sportausschusses teilgenommen zu haben. So habe sie mal etwas zum Thema „Ehrenamt“ erfahren können. Dass der Hauptausschuss und nicht der Sportausschuss für das Thema zuständig sei, treffe ja zu. Aber dann sollte der Hauptausschuss auch mal etwas darüber erfahren.

Andreas Keith (AfD) stellt klar, ihm gehe es gar nicht darum, dass der Sportausschuss in die Schulplangestaltung eingreife, auch wenn er sich das als ehemaliger

Leistungssportler wünschen würde, denn dann hätte man sicherlich mehr Sport und weniger Probleme, was Fettleibigkeit und Bewegungsmangel bei Kindern angehe.

Für die Eltern sei doch entscheidend, dass ihr ehrenamtliches Engagement überhaupt Anerkennung erfahre. Da spiele es dann auch keine Rolle, welcher Ausschuss diese Wertschätzung zum Ausdruck bringe.

Rainer Bischoff (SPD) geht davon aus, dass die SPD einem Antrag der CDU auf mehr Geld für sportmotorische Tests zugestimmt hätte. Das habe aber nicht das Geringste mit dem vorliegenden Antrag der SPD zu tun, den Zuschuss für die ehrenamtlichen Übungsleiter zu erhöhen. Er sehe da keinen Zusammenhang und könne die Ausführungen von Herrn Nettekoven in dem Punkt nicht nachvollziehen.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) widerspricht, sportmotorische Tests hätten für ihn sehr wohl etwas mit Breitensport zu tun. Denn wenn sportmotorische Tests richtig durchgeführt würden, bezogen sie natürlich die Vereine mit ein. Er kenne das aus Paderborn aus langjähriger Praxis, dass eine ganze Reihe von Vereinen ihren Nachwuchs im Nachlauf der sportmotorischen Tests gewinne. Insofern unterstützten sportmotorische Tests sehr wohl direkt den Breitensport und die Vereine.

An Frau Paul habe er die Frage, wo den Kommunen beim GFG etwas weggenommen werde. Er habe das so in Erinnerung, dass es sich um ein Rekord-GFG handle mit mehr als 1 Milliarde € mehr als im Vorjahr. Er habe keinen einzigen Punkt im Kopf, bei dem etwas weggenommen werde. Dem Sport werde mehr gegeben.

Staatssekretärin Andrea Milz (Staatskanzlei) erklärt, Herr Liminski habe ihres Wissens die kleine Regierungserklärung zum Thema „Ehrenamt“ abgegeben. Das sei ihr definitiv so gesagt worden. Sie habe lediglich zugesagt, zur Aussprache zur kleinen Regierungserklärung in den Hauptausschuss zu kommen. Dieser Termin für die Aussprache stehe auch schon fest. Sie könne sich nicht vorstellen, dass ihr jemand sage, die kleine Regierungserklärung sei abgegeben worden, und hier erfahre sie dann durch Zufall, dass dem nicht so gewesen sei.

Bei der Entwicklung der Ehrenamtsstrategie des Landes habe man im Blick, dass man die örtlichen Ebenen überall einbinde und auch die unterschiedlichen Fachlichkeiten im Ehrenamt einbeziehe. Darüber hinaus werde man auch genügend Zeit haben, um zusammenzutragen, welche Initiativen auch die Bundesebene betreffen. Dazu zähle zum Beispiel die steuerliche Absetzbarkeit im Ehrenamt. Baden-Württemberg habe bereits eine Ehrenamtsstrategie und habe sich bei der Entwicklung ungefähr zweieinhalb Jahre Zeit genommen, um wirklich eine runde Sache daraus zu machen. Das werde man in NRW ähnlich gestalten.

Die Sportstiftung habe jetzt schon den paralympischen Sport als Themenfeld. Das sei kein neues Aufgabengebiet für die Sportstiftung, für das ihr dann plötzlich das Geld fehle. Man habe den Wunsch an die Sportstiftung, ihre Aktivitäten im paralympischen Bereich zu verstärken.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Sollen die die Individualförderung machen oder die gesamte Förderung?)

– Die Trainer für den paralympischen Sport liefen dann über die Sportstiftung. Die ganzen ungefähr 2,5 Millionen €, die die Sportstiftung ja künftig nicht mehr in die normale Trainerfinanzierung investieren müsse, verblieben ja bei der Sportstiftung.

Sie habe vonseiten der Sportstiftung bisher noch keinen Hinweis bekommen, dass sie damit nicht klarkommen könnte. Vielleicht habe Frau Paul ja etwas anderes gehört. Sie werde im Januar noch ein Gespräch führen und habe mit Frau Schäfer auch schon ein Gespräch gehabt. Sie vermute – jedenfalls sei ihr das so signalisiert worden –, dass das wirklich so auch in Ordnung gehe und dort nicht plötzlich Notstände aufgerissen würden, die man nicht gesehen habe.

Fakt sei, dass der Sport bereits ohne die gegenseitige Deckungsfähigkeit über die Sportpauschale im GFG eine Erhöhung erfahre, von der gerade kleinere Kommunen profitierten. Das habe es bisher – wenn sie das richtig sehe – so nicht gegeben.

Was den Sanierungsstau angehe, höre sie immer von einer Spanne zwischen 2 Milliarden € und 8 Milliarden €. Natürlich steige der Betrag immer weiter an, wenn man nicht tätig werde. Bei der Ausgestaltung eines Hallensanierungsprogramms werde man ja sehen, wie man das in der Jährlichkeit abwickeln werde. Das werde sicher kein Programm sein, bei dem eine bestimmte Milliardenhöhe am ersten Tag festgeschrieben sei.

Ralf Jäger (SPD) führt aus, seit Bestehen der Schulpauschale und der Sportpauschale im Gemeindefinanzierungsgesetz habe es immer die Begehrlichkeiten des Bildungsbereiches gegeben, eine solche gegenseitige Deckungsfähigkeit zu erreichen, weil es natürlich unbestritten gerade im Bereich des Schulbaus die größten Bedarfe gebe.

Kollege Weske habe das schon ausgeführt. Es gebe keine nicht abgerufenen Mittel, weder aus der Bildungspauschale noch aus der Sportpauschale.

Jetzt gebe es ja in einem solchen Kabinett immer ein inneres Machtgefüge. Innerhalb dieses inneren Machtgefüges seien solche Begehrlichkeiten der Bildungsleute in der Regel durch die Sportpolitik egalisiert worden.

Er finde es ein bisschen bedauerlich, dass ausgerechnet der Teil des Kabinetts oder der Landesregierung, der für Sport verantwortlich sei, das jetzt auch noch positiv begleite in der vagen Hoffnung, dass dadurch der Sport profitiere. Es werde umgekehrt sein. Das sei ein Feldversuch mit relativ klarem Ausgang, nämlich mit dem Ausgang, dass der Bedarf im Schulbau um ein Vielfaches höher sein werde als im Bereich des Sports. Die Mittel überhaupt im Sport zu halten, werde schon eine sehr anspruchsvolle Aufgabe insbesondere in den Kommunen sein. Das werde man bedauerlicherweise feststellen müssen.

Er bitte die regierungstragenden Fraktionen, ihm noch einmal ihre Änderungsanträge zu erläutern. Denn er habe die immer noch nicht verstanden. Das möge an ihm liegen.

Es gehe um Sport und Flüchtlinge. Das sei aber noch nicht mit einem Betrag hinterlegt, wenn er das in der Diskussion jetzt nicht überhört habe.

Das gelte auch für die Förderung Sport und Ganzttag. Auch dazu habe er nicht mitbekommen, dass ein Betrag hinterlegt worden wäre.

Es wäre schön, wenn die regierungstragenden Fraktionen ihm diese Beträge nennen könnten.

Die Verbindung zwischen der sportmotorischen Prüfung in den Grundschulen und der Übungsleiterpauschale erkenne er auch immer noch nicht.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) schildert, ein Teil der schriftlichen Vorlage sei im Hauptausschuss verlesen worden. Üblicherweise könnten ja nach Abgabe der kleinen Regierungserklärung Verständnisfragen gestellt werden. Das sei zum Thema „Ehrenamt“ aber nicht möglich gewesen, weil sich der Staatssekretär außer Stande gesehen habe, zum Thema „Ehrenamt“ etwas zu sagen. Deswegen bleibe für den Hauptausschuss die Klärung aller Fragen zum Thema „Ehrenamt“ bis zur Januar-Sitzung, für die Frau Milz netterweise ihr Erscheinen zugesagt habe, offen. Die Klärung der offenen Fragen erfolge damit auch erst nach den Haushaltsberatungen, was sehr unglücklich sei.

Staatssekretärin Andrea Milz (Staatskanzlei) wirft ein, Fragen hätten doch auch schriftlich eingereicht werden können. Die wären dann beantwortet worden.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) erwidert, man sei aber auf den Termin mit Frau Milz im Ausschuss verwiesen worden. Für diesen Termin wäre die weitere Behandlung des Themas geplant. Das sei die Verabredung mit der Staatskanzlei gewesen.

Deswegen sei sie gerade etwas überrascht oder sogar etwas empört gewesen, aber jetzt sei ja klar geworden, was da gelaufen sei.

Andreas Terhaag (FDP) legt auf die Bitte von Herrn Jäger dar, für Titel 684 60 werde eine Erhöhung um insgesamt 1,3 Millionen € beantragt. Davon seien 1,1 Millionen € für den Bereich Sport und Ganzttag vorgesehen. Das sei die Kompensation der entfallenden Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan des Landes sowie Gehaltsanpassungen.

Der Betrag für den Bereich Sport und Flüchtlinge liege bei ungefähr 200.000 € zur weiteren Unterstützung von Sportvereinen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagierten und Flüchtlingen Sport- und Integrationsangebote machten.

Die FDP werde dem Änderungsantrag der SPD nicht zustimmen, weil – das werde die SPD dann noch sehen – man für den Vereins- und Breitensport weitaus mehr, nämlich ungefähr 2 Millionen €, zur Verfügung stellen werde. Das heiße, die Erhöhung der Pauschale werde das bei Weitem überschreiten.

Andreas Keith (AfD) macht deutlich, die AfD erkenne an, dass die Landesregierung den richtigen Weg eingeschlagen habe. Aber aufgrund der vielen offenen Fragen und

der wenig konkreten Angaben zur Mittelverwendung könne seine Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen. Die AfD sei aber gerne bereit, diesen Weg kritisch und konstruktiv zu begleiten und die Landesregierung gegebenenfalls an Aussagen aus der heutigen Sitzung zu erinnern.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) setzt großes Vertrauen in die Kommunen und ist der festen Überzeugung, dass der Sport keine Nachteile haben werde.

Der als Tischvorlage vorliegende Änderungsantrag der SPD (*siehe Anlage 2*) wird vom **Ausschuss** mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Kapiteln des Einzelplans 02 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD zu.

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2018
Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis									
	SPD	Kapitel 02 080 Förderung des Sports Titelgruppe 60 Zuwendungen zur Förderung des Sports Titel 686 60 Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland <i>Förderung der Übungsarbeit (Nr. 10)</i> Erhöhung des Baransatzes 2018 Ansatz lt. HH 2017 <table><tr><td>von</td><td>25.633.800 Euro</td><td></td></tr><tr><td>um</td><td>900.000 Euro</td><td>21.368.800 Euro</td></tr><tr><td>auf</td><td>26.533.800 Euro</td><td></td></tr></table> Begründung: Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Sport leisten eine unverzichtbare Arbeit. Ihr ehrenamtliches Engagement gehört entsprechend gewürdigt, ohne ihre Arbeit wäre der flächendeckende Übungsbetrieb nicht möglich. Damit weiterhin ein guter und flächendeckender Übungsbetrieb in den Sportvereinen sicher gestellt ist bzw. ausgebaut werden kann, soll die Übungsleiterpauschalen wie bereits in 2016 und 2017 um weitere 900.000 Euro angehoben werden. Diese Erhöhung dient auch dazu, die eingetretenen Kostensteigerungen für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter abzufangen.	von	25.633.800 Euro		um	900.000 Euro	21.368.800 Euro	auf	26.533.800 Euro		CDU SPD FDP Grüne AfD
von	25.633.800 Euro											
um	900.000 Euro	21.368.800 Euro										
auf	26.533.800 Euro											

